

Regierung sieht Griechenland im Aufwind – Syriza-Ökonom widerspricht und warnt vor steigenden Schulden

„Wollen kein neues Hilfspaket“

Von WZ-Korrespondent Ferry Batzoglu

■ Vorschläge zur Korruptionsbekämpfung „verstauben in Schubladen“.

Athen. Während Griechenland von einer Streikwelle lahmgelegt wird, sehen Regierung und Europäische Zentralbank das hoch verschuldete Land auf gutem Weg. Die jüngsten Wachstums- und Arbeitsmarktdaten seien „ermutigend“ und das Reformprogramm greife, betonte EZB-Direktor Jörg Asmussen. Laut Finanzministerium wuchs die Wirtschaft erstmals seit Ausbruch der Krise, wenngleich nur im Vergleich zum Vorquartal. Für das Gesamtjahr wird weiter mit einem Minus von 3,8 Prozent kalkuliert. Auch der Arbeitsmarkt sendet winzige Lichtblicke. Die Arbeitslosenquote sank im zweiten Quartal auf 27,1 Prozent und damit erstmals seit fast vier Jahren.

In Umfragen liegt das „Bündnis der Radikalen Linken“ (Syriza), vor der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia. die „Wiener Zeitung“ sprach mit Chefökonom von „Syriza“, Yannis Milios, 61, Professor für Volkswirtschaft an der TU Athen. Heute, Freitag, ist Parteichef Alexis Tsipras beim Kreisky-Forum.

★★★★

„Wiener Zeitung“: Herr Professor Milios, ist der Grieche an der Krise in seinem Land schuld?

Yannis Milios: Sie sehen doch: Auch Portugal, Spanien, Italien, Zypern oder Irland sind Euro-Krisenländer.

Aber was ist mit der Steuerhinterziehung? Wer in diesem Sommer auf griechischen Inseln seinen Urlaub verbracht hat, hat aus erster Hand feststellen können: In kaum einer Taverne hat der Gast eine Quittung bekommen. Bleibt der Volkssport Steuerhinterziehung in Griechenland nicht ein Problem?

Keine Frage: Die „kleine“ Steuerhinterziehung muss bekämpft werden. Aber mindestens genauso wichtig ist: Die Regierung tut weiter nichts gegen die Steuerhin-

terziehung im großen Stil. Daran hat die Krise nichts geändert.

Die Kleinen fängt man, die Großen lässt man laufen?

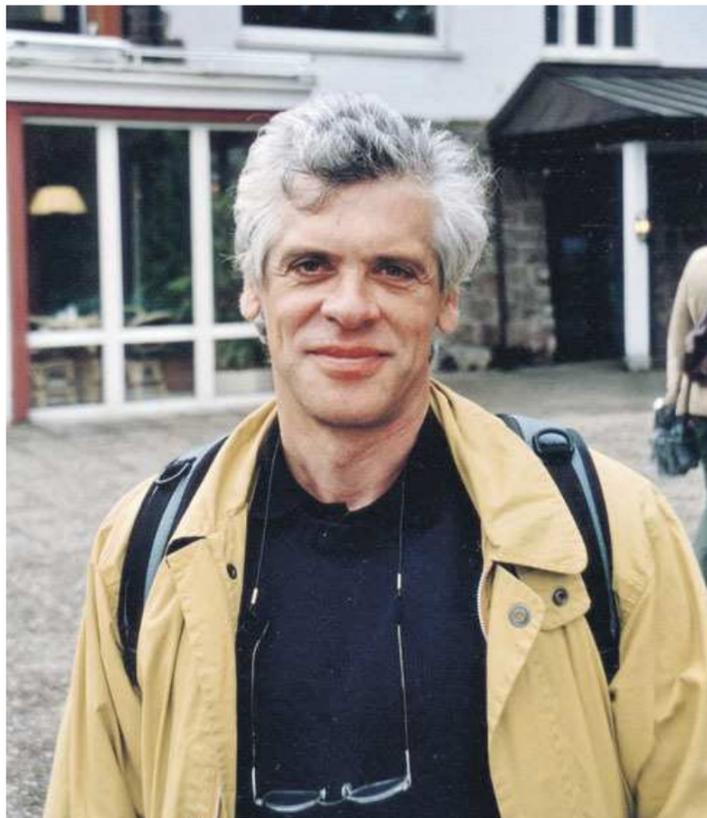
Das ist so. Ich gebe Ihnen ein konkretes Beispiel: Ein derzeit amtierender Staatssekretär in der Athener Regierung, zuständig für die Bekämpfung von Korruptionsangelegenheiten, hat konkrete, technisch durchaus leicht umsetzbare Umschläge vorgelegt, um den verbreiteten Ölschmuggel in Griechenland seitens der hierzulande tätigen Ölgesellschaften effizient zu bekämpfen. Nach Einschätzung des Staatssekretärs könnte der Fiskus dadurch Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr realisieren, plus eine Milliarde Euro durch die Bekämpfung von Scheinrechnungen. Seine Vorschläge verstauben aber in der Schublade seines Büros. Sie brauchen sich nur anschauen, wem die Ölgesellschaften in Griechenland gehören, dann kann man sich darauf einen Reim machen.

Diese gehören Griechenlands Super-Reichen, den Oligarchen. Gibt es keinen Sinneswandel bei der Athener Regierung unter dem konservativen Premier Samaras? In Europa feiert man ihn als entschiedenen Reformer.

Nein. Der ist auch nicht zu erwarten. Die Regierung Samaras ist Teil eines korrupten Systems aus Politik, Wirtschaft und Medien. Das ist das Dreieck der Sünde.

In den vorigen Monaten hat in Europa der Eindruck geherrscht, das Griechenland sei endlich auf einem Weg der Erholung, der Besserung. Hat Sie das jüngste Statement des deutschen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble – mitten im Wahlkampf vor der diesjährigen Bundestagswahl – überrascht, wonach Griechenland ab 2014 ein drittes Hilfspaket brauchen werde?

Wer geglaubt hat, die Lage in



„Ohne Schuldenschnitt geht es nicht“, meint Milios. Foto: fb

Griechenland hätte sich beruhigt, war einem Trugschluss unterlegen. Die Proteste der Bevölkerung haben sich auch in diesem Jahr fortgesetzt. Die Streikwelle rollt wieder. Das hat auch gute Gründe: Griechenland ähnelt mittlerweile mehr Taiwan, Südkorea oder Indonesien als dem, was wir als europäisches Modell bezeich-

„Ziel der Politik ist die ‚Asiatisierung‘ der Euro-Krisenländer.“

nen. Das ist auch das eigentliche Ziel der in den letzten Jahren betriebenen Politik: eine „Asiatisierung“ der Euro-Krisenländer wie Griechenland mit Dumpinglöhnen von 400 Euro. Aber die Menschen nehmen das nicht hin. Die angebliche Erfolgsstory in Griechenland ist ein Hirngespinnst.

Die Athener Regierung verweist im Einklang mit Griechenlands Kredit-

geber-Troika aber auf durchaus positive Ergebnisse der rigiden Sparpolitik: Die Handelsbilanz habe sich deutlich verbessert, Griechenland steuere erstmals nach 2002 wieder auf einen primären Haushaltsüberschuss zu, die Staatsschulden würden nicht mehr so stark ansteigen. Sind das alles Hirngespinnste?

Es stimmt: Die früher chronisch negative Handelsbilanz ist mittlerweile fast ausgeglichen. Der Grund dafür ist aber der starke Einbruch bei den Einfuhren – und das nur rezessionsbedingt. Was den Primärüberschuss im Haushalt angeht: Er resultiert aus massiven Einschnitten bei den Löhnen, Gehältern und Renten sowie stark gesunkenen öffentlichen Investitionen. Ein Anstieg der öffentlichen und privaten Investitionen wird übrigens die Einfuhren wieder erhöhen. Das Scheitern der Krisenpolitik ist auf Anhub zu sehen, nimmt man die Entwicklung von Griechenlands Staatsschulden unter die Lupe.

Sie steigen weiter an. Zwar nicht mehr so stark wie früher. Gemessen an der Wirtschaftsleistung aber hat die Schuldenlast schwindelerregende Höhen erreicht. Griechenlands Staatsschuld ist nicht tragfähig.

Braucht Griechenland ein neues Hilfspaket?

Die Position von Syriza ist klar: Wir wollen kein neues Hilfspaket. Herr Schäuble – oder wer auch immer deutscher Finanzminister sein wird – kann sein Geld behalten. Solche Kredite erhöhen nur den Schuldenstand. Wir wollen kein Fass ohne Boden sein.

Griechenland ist sehr reich an Bodenschätzen. In wenigen Jahren soll mit der Ausbeutung neuer Erdöl- und Gasvorkommen in der Ägäis begonnen werden. Was will Syriza mit den Einnahmen tun? Könnte mit den betreffenden Erlösen nicht die Schuldenkrise endgültig überwunden werden?

Wir favorisieren das Modell Norwegen. Das bedeutet: Die künftigen Erlöse aus dem Erdöl- und Gasgeschäft bleiben in nationaler Hand. Sie fließen ausdrücklich nicht in die Bedienung der Auslandsschulden, sondern kommen den gesetzlichen Renten- und Gesundheitskassen zugute.

Griechenland hatte per Ende Juni 321 Milliarden Euro Schulden. Gläubiger ist fast ausschließlich die Kreditgeber-Troika aus EU, EZB und IWF. Syriza-Chef Tsipras hat kürzlich hervorgehoben, dass er als Regierungschef „entschiedene Neuverhandlungen in Sachen Staatsschulden“ mit der Troika führen werde. Was heißt das?

Ohne Schuldenschnitt geht es nicht. Zudem muss ein Moratorium für die Tilgung der verbleibenden Kredite mit der Verankerung einer Wachstumsklausel vereinbart werden. Das Motto muss lauten: Nur wenn die Wirtschaft wieder wächst, braucht Griechenland seine verbliebenen Schulden zu bedienen. Übrigens war genau dies das Modell der Tilgung von Deutschlands Staatsschulden, das im Jahre 1953 auf dem Londoner Kongress vereinbart wurde. ■

Kurz notiert

Kämpfe in Ägypten Am Donnerstag rückten Armee und Polizei in die Ortschaft Kerdasa bei Kairo ein, um das Gebiet wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Bei heftigen Schusswechseln mit Islamisten wurde ein Polizei-General getötet. Mindestens neun Polizisten und Soldaten wurden durch eine Handgranate verletzt.

Dritte Front in Syrien An der syrischen Grenze zur Türkei sind heftige Kämpfe zwischen islamistischen Jihadisten und Rebellen der Freien Syrischen Armee ausgebrochen. Wie die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mitteilte, übernahmen Kämpfer der Al-Kaida-nahen Gruppe „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ die Kontrolle in Teilen der Kleinstadt Azaz. 100 Kämpfer sollen bei den heftigen Kämpfen gefallen sein.

Keine Unauffälligen mehr als EU-Präsidenten

■ Frust über Verwässerungen und schwache EU-Führung bei EU-Debatte.

Wien. (wak) „Jawoll, wir brauchen eine europäische Regierung“, platzte es aus Wifo-Chef Karl Aiginger heraus. Der Öko-



Aiginger ist frustriert. Foto: apa

nom kritisierte den schwachen Führungsstil von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: „Ein Portugiese, der dort nicht auffällt, wurde zum Präsidenten gemacht, damit er Deutschland und Frankreich nicht beim eigentlichen Regieren stört“, dabei bräuchte man aber den Stärksten und nicht den Schwächsten an der EU-Spitze.

Eigentlich war der Titel der Wipol-Podiumsdiskussion im Haus der EU „Europa braucht Arbeit – Wege aus der Beschäftigungskrise“. Doch alle Diskussionsonsteilnehmer – neben Aiginger auch Bank-Austria-Chef Willibald Cernko, der Präsident der Arbeiterkammer Rudolf Kaske, das Di-

rektoriumsmitglied der Oesterreichischen Nationalbank, Peter Mooslechner sowie der SPÖ-Abgeordneten im Europaparlament Karin Kadenbach – waren sich einig, dass, um die Krise am europäischen Arbeitsmarkt zu bewältigen, die Union zuerst klare Verhältnisse braucht. Eine „Konsolidierung um jeden Preis“ dürfe nicht den budgetären Spielraum dergestalt einschränken, dass man der Beschäftigungskrise machtlos gegenübersteht, meint AK-Präsident Kaske, der, wie viele andere auch, die sechs Milliarden Euro für die Beschäftigungsgarantie für Jugendliche im Finanzrahmen 2014-2020 als „lächerlich“ gering empfindet. „Experten sagen, wir brauchen mindestens 40 Milliarden Euro.“

BA-Chef Cernko erklärte die ursprünglich geplante Finanz-

transaktionssteuer für einen „guten Gedanken.“ Doch dieser Gedanke würde immer mehr verwässert, und die Steuer solle, so scheint es, nur noch beim Stopfen von Budgetlöchern helfen. Von einer europaweiten Anwendung sei man zudem ebenfalls meilenweit entfernt. „Selbst wenn man akzeptiert, dass Großbritannien nicht mitmacht.“ Gegenwärtig haben sich nur elf Länder für die Steuer ausgesprochen, und alle haben wiederum unterschiedliche Vorstellungen, wie die Steuer aussehen soll.

Cernko sprach sich ebenfalls für eine Bankenunion mit einheitlicher Aufsicht aus, ein Plädoyer, dem auch Aiginger folgte: Einheitliche Standards seien wichtig, „nicht, so wie es Deutschland jetzt wieder will, dass man national mitreden kann“. ■